

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 11.01.2023

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause: ./.
Ende: 19:30 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Vincenzo Copertino (bis 18:08 Uhr)
Herr Steve Kuhlmann (bis 18:08 Uhr)
Herr Stephan Richter Vertretung für Frau Bauer
Frau Ursula Schineller
Herr Michael Weber (bis 18:55 Uhr)

SPD

Herr Melchior Fluhme
Herr Markus Kollmeier
Frau Regine Weißenfeld
Frau Miriam Welz Vertretung für Frau Gorsler

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Serafin Eilmes
Herr Michael Holler-Göller Vertretung für Frau Bohne
Herr Joachim Hood Stellv. Vorsitzender
Frau Sarah Labarbe

FDP

Herr Nick Focke

Die Partei

Herr Christian Loth Vertretung für Frau Asmuth

AfD

Herr Dr. Florian Sander

Die Linke

Frau Angelika Beier

Beratende Mitglieder

Frau Murisa Adilovic (ab 17:05 Uhr) Integrationsrat
Herr Rüdiger Klein Psychiatriebeirat

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Herr Robert Alich
Herr Michael Gugat
Frau Gordana Kathrin Rammert

Verwaltung

Herr Martin Adamski
Frau Deborah Becker
Herr Jakob Bergen
Frau Julia Harmsen
Herr Peter Hiltawsky
Frau Gisela Krutwage
Herr Aiko Linnenbürger
Herr Ingo Nürnberger
Herr Björn Palma
Frau Elke Riemann
Frau Andrea Steinberg

Beigeordneter Dezernat 3
Immobilienervicebetrieb
Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention
Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt
Amt für soziale Leistungen - Sozialamt
Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
Erster Beigeordneter Dezernat 5
Stab Dezernat 5
Stab Dezernat 3
Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention

Schriftführung

Frau Britta Zimmermann

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Herr Hood begrüßt die Anwesenden zur 22. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses. Er entschuldigt die heute verhinderte Frau Gorsler und begrüßt Frau Julia Harmsen, die neue Leitung des Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes, in diesem Gremium und wünscht ihr für ihre neue Tätigkeit alles Gute und viel Erfolg.

Vorsitzender Herr Hood stellt die form- und fristgerechte Einladung fest. Die Beschlussfähigkeit wird durch eine entsprechende Pairing-Vereinbarung zwischen der SPD- und der CDU-Fraktion herbeigeführt und vom Vorsitzenden Herrn Hood festgestellt.

Zur Tagesordnung erklärt Vorsitzender Herr Hood, dass zum TOP 9 „Weiterfinanzierung des Projektes „Spaziertreff - Komm, wir gehen spazieren“ (Beschluss des Seniorenrates vom 16.11.2022)“ seitens der Koalition 1. Lesung beantragt werde. Weitere Änderungen zur Tagesordnung lägen nicht vor.

Die Anwesenden stimmen dem einstimmig zu.

Zu Punkt 1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 21. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 22.11.2022

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 21. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 22.11.2022 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2

Mitteilungen

Zu Punkt 2.1

Bewerbung der Stadt Bielefeld als Modellregion im Rahmen des Förderprogramms „Inklusion vor Ort“ in Nordrhein-Westfalen (NRW) (Drucks.-Nr.4314)

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung des Büros für Integrierte Sozialplanung und Prävention.

-.-.-

Zu Punkt 2.2

Mitteilung zum Sachstand der Bewerbung „Zusammen im Quartier – Sozialplanung ...; hier: Von Daten zu Taten - ...“ (Drucks.-Nr.4317)

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung des Büros für Integrierte Sozialplanung und Prävention.

-.-.-

Zu Punkt 2.3 Verlängerung Projektförderung „Guter Lebensabend NRW“

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die nachgereichte Mitteilung des Amtes für soziale Leistungen -Sozialamt-.

-.-.-

Zu Punkt 2.4 Höhere Regelbedarfe in der Grundsicherung für Arbeitssuchende, der Sozialhilfe und dem Asylbewerberleistungsgesetz

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung des Amtes für soziale Leistungen -Sozialamt-.

-.-.-

Zu Punkt 2.5 Terminplanung für die Beratung des Haushaltsplanes 2024

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung des Amtes für soziale Leistungen -Sozialamt-.

-.-.-

Zu Punkt 2.6 „Angekommen – Mein neuer Lebensmittelpunkt Bielefeld“ - Ausstellung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5274/2020-2025

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung des Kommunalen Integrationszentrums. Die Flyer für die Ausstellung werden den Anwesenden zur Verfügung gestellt.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Mitteilungen zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 5

Maßnahmen zur Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 24.06.2021 – Der Bielefelder Ausbildungsfonds – Verwendung der Restmittel

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5244/2020-2025

Vorsitzender Herr Hood begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Wittler von der REGE mbH als Vertreter der Jugendberufsagentur.

Herr Wittler informiert anhand einer Präsentation (**Anlage 1**) kurz über die beiden Veranstaltungsformate Berufsinformationsbörse „Startklar“ und „Nacht der Berufe“ und gibt einen Ausblick auf die weiteren Planungen.

Herr Kollmeier begrüßt, dass die Berufsinformationsbörse „Startklar“ wieder aufgelegt werde und bittet darum, den Sinn des Ausbildungsfonds wieder aufleben zu lassen, indem vor allem bisher nicht erreichte sowie nicht einfach zu vermittelnde Jugendliche gezielt angesprochen würden.

Auf die Frage von Herrn Holler-Göller antwortet Herr Wittler, dass bei der letzten Berufsinformationsbörse 2019 für den Bereich der Sozial-, Gesundheits- und Pflegeberufe vor allem die schulischen Anbieter vertreten gewesen seien. An der Nacht der Berufe hätten fünf Unternehmen aus diesem Sektor teilgenommen.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen:

- 1. Die REGE mbH wird beauftragt, die „Nacht der Berufe“ auch in den Jahren 2023 und 2024 durchzuführen.**
- 2. Gleichzeitig wird die REGE mbH auch beauftragt, das Format der Berufsinformationsbörse „Startklar“ in den Jahren 2024 und 2025 an den Berufskollegs wiederaufzunehmen und weiterzuentwickeln.**
- 3. Die hierfür erforderlichen Aufwendungen in Höhe von ca. 155.000 EUR werden aus nicht benötigten Mitteln des Ausbildungsfonds aufgebracht.**
- 4. Um beide Formate der Berufsorientierung dauerhaft zu verstetigen wird die REGE beauftragt, Unternehmen, Verbände und Drittmittelgeber für eine Mitfinanzierung zu gewinnen.**

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 6

Bericht Covid-19-Pandemie und Lage in den Kliniken

Beigeordneter Herr Adamski berichtet zur aktuellen Corona-Situation. In der öffentlichen Wahrnehmung existiere Covid nicht mehr, der Gesetzgeber fahre die Maßnahmen berechtigterweise zurück.

In den Krankenhäusern gäbe es eine andere Lage: Die Corona-Patient*innen-Zahlen in den Bielefelder Krankenhäusern verblieben auf hohem Niveau. Aktuell (Stand 09.01.2023) würden dort 174 Corona-Patient*innen behandelt, davon 14 auf Intensiv-Stationen und 6 unter Beatmung. Die signifikanten Höchstwerte der Vergangenheit hätten bei rd. 200 Corona-Patient*innen gelegen. Im zeitlichen Vergleich mit dem Vorjahr habe es Mitte März 2022 mit 186 Corona-Patient*innen ebenfalls einen Höchststand gegeben. Die Kliniken seien weiter stark belastet, zumal eine Vielzahl von anderen Atemwegserkrankungen hinzukäme.

Beigeordneter Herr Adamski berichtet von den Gesprächen mit den Bielefelder Kliniken:

Prof. Hamelmann von der Kinderklinik Bethel stelle eine höhere Anfälligkeit für Infektionskrankheiten wie RS-Virus oder Influenza fest. Dies führe bei Kleinkindern und Kindern mit Vorerkrankung teils zu erheblichen Atemwegsproblemen, so dass die Kinderintensivstation mit 12 Betten bis zu 10 beatmete Säuglinge und Kleinkinder versorgen müsse. Am 19.1. werde im Dezernat 3 ein Gespräch mit Herrn Prof. Dr. Hamelmann zur Kinderärztlichen Notfallversorgung stattfinden, um Unterstützungsmöglichkeiten durch die kommunalen Akteure auszuloten.

Auch in den übrigen Krankenhäusern (Evangelisches Klinikum Bethel, Franziskus-Hospital, Städtisches Klinikum) sei die Lage weiter angespannt. Krankheitsausfälle des Personals führten teilweise zu Stationsperrungen. Die Versorgung sei sichergestellt, dennoch sei die Lage ernst. So seien z.B. im Franziskus-Hospital bis zu 80 % der Intensivpatient*innen wegen Atemwegserkrankungen in Behandlung.

Für den Rettungsdienst bzw. die Feuerwehr bestehe partiell das Problem, keine aufnehmende Klinik zu finden.

Diese Themen wirkten sich auch auf die ambulante Versorgung durch die Hausärzte aus und würden in der nächsten Sitzung der „AG Haus- und Kinderärztliche Versorgung“ am 25.01. behandelt.

-.-.-

Zu Punkt 7

Informationen und Diskussion zur aktuellen Situation in der Pflege

Zu Punkt 7.1

Situation in der ambulanten Pflege

Vorsitzender Herr Hood begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Prof. Dr. Wingefeld vom Institut für Pflegewissenschaft an der Universität Bielefeld und Herr Paus als Vertreter der AG Wohlfahrtsverbände.

Zunächst führt Beigeordneter Herr Nürnberger in das Thema ein. Anlass für diesen Sitzungsschwerpunkt seien u. a. die Berichte von bzw. über Träger der ambulanten Pflege, die sich in der geordneten Insolvenz befänden oder ihren Versorgungsauftrag gänzlich aufgäben.

Am 11.01. habe es ein informelles Fachgespräch mit wichtigen Trägern (ein privater und fünf aus dem gemeinnützigen Bereich) gegeben, um die aktuelle Situation zu diskutieren. Die angeführten Themen seien bekannt, machten aber auch besorgt:

- steigende Kosten durch die Tarifbindung und -steigerungen,
- die allgemeine Kostensteigerung,
- verspätete und zu geringe Anpassung der Pflegeversicherung sowohl bei den Entgeltverhandlungen mit den ambulanten Trägern, als auch bei den Leistungen an die Versicherten.

Letzteres führe in der Praxis häufig dazu, dass eigentlich sinnvolle Leistungen nicht in Anspruch genommen würden oder der private Anteil an der Pflegeleistung steige.

Daneben gebe es auch strukturelle Probleme wie die demografische Entwicklung in den kommenden Jahren: Eine Vielzahl der Pflegekräfte erreichte das Rentenalter und die Zahl der Pflegebedürftigen steige weiter an. Die Anspruchsberechtigung sei ausgeweitet worden durch die stärkere Berücksichtigung von Demenzerkrankungen. Die Pflegeversicherung sehe eine Unterstützung quartiersorientierter Ansätze nicht vor. Diese – bekannten - Herausforderungen seien größtenteils nicht auf kommunaler Ebene zu lösen, hier sei vor allem die Bundesebene gefragt. Alle Teilnehmenden des Fachgespräches hätten den Austausch geschätzt und suchten weiter nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit, z.B. beim Quartiersbezug oder bei der Fortbildung. Es solle den vom Rat beauftragten „Pflegegipfel“ geben. Alle Akteure wünschten sich, dass die Probleme aus der Praxis direkt an die örtlichen Bundestagsabgeordneten und den Pflege- und Patientenbeauftragten weitergegeben würden.

Prof. Dr. Wingefeld vom Institut für Pflegewissenschaft an der Universität Bielefeld stellt anhand einer Präsentation die aktuellen Entwicklungstrends in der ambulanten Pflege vor. Die Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt.

Nach der Reform des Pflegesystems im Jahr 2017 sei ein deutlicher Anstieg der Zahlen von Mitarbeiter*innen und Pflegebedürftigen zu verzeichnen (Folie 3). Das Abflachen in 2020 und 2021 sei möglicherweise auf die Corona-Pandemie zurückzuführen, hierzu gebe es noch keine gesicherten Aussagen. Langfristig würden die Zahlen weiter ansteigen. Zu den Herausforderungen (Folie 4) gebe es viele Ankündigungen, z. B.

zum Stellenzuwachs oder der Entlastung von Pflegenden, die jedoch dauerten oder sogar scheiterten, weil es an Umsetzungsmechanismen fehle. Als Beispiel für die sehr langsamen Prozesse führt Prof. Dr. Wingenfeld die jetzt von den Pflegekassen gekündigten Landesrahmenverträge aus den 1990er-Jahren an.

Zu den von ihm aufgezeigten Lösungsansätzen (Folie 6) gehöre auch das Bielefelder Modell, welches als ein Leuchtturmprojekt die strukturelle Absicherung verdiene. Derzeit gebe es in der ambulanten Pflege immer weniger Konkurrenz um Kunden, vielmehr werde die verstärkte Arbeitsteilung wie derzeit schon im stationären Bereich auch hier kommen. Die informelle Hilfe werde zu wenig gestützt. Die seiner Ansicht nach gesetzlich vorgesehenen Ansprüche über die Pflege im engeren Sinne hinaus würden nicht oder nur in Ansätzen durch entsprechende Leistungen umgesetzt. Hierfür gebe es keine Leistungsdefinitionen und keine Angebote. Die starke Verrichtungsorientierung bei der Finanzierung von Pflegeleistungen hemme dies. Pflege werde immer noch überwiegend als Dauerpflege angesehen, es gebe aktuell nur kurzfristige Hilfen in Krisensituationen aufgrund mangelnder Kapazitäten, aber kein Hilfskonzept. Notwendig sei jedoch eine weitere Ausdifferenzierung der Angebote (Folie 10). Zusammenfassend müssten die Ressourcen der ambulanten Pflege zielgerichteter eingesetzt werden, um den verschiedenen Bedarfskonstellationen gerecht zu werden. Die konzeptionelle Entwicklung und Umsetzung von präventiven Maßnahmen sei nicht weiter fortgeschritten. Es bleibe z.B. offen, wer hierfür die Akteure sein sollten oder wie Angebote zugeschnitten sein könnten. Schließlich sei unser gesellschaftliches Bild von Pflegebedürftigkeit überholt. Eine gesellschaftliche Diskussion sei erforderlich, um ein realistisches Bild von Pflege zu vermitteln.

Vorsitzender Hood greift diesen letzten Punkt auf und begrüßt die Presse sowie Herrn Paus, der über die angesprochenen Aspekte aus Sicht der Bielefelder Praxis berichten werde.

Herr Paus stellt fest, dass die Wahrnehmungen und Feststellungen seiner Vorredner sich mit den seinen deckten. Er wolle Erfahrungen aus der täglichen Praxis als Ergänzung zum Gesagten weitergeben. Die Quartiersorientierung werde von den Träger begrüßt, werde aber derzeit durch die Struktur der Leistungsvergütung verhindert. Für eigentlich gleiche Einrichtungen gebe es unterschiedliche Vergütungssätze, weil jeder Pflegedienst seine Entgeltpunkte einzeln mit der ihm zugeordneten Pflegekasse verhandeln müsse. Die Tarifbindung führe zu aktuellen Kostensteigerungen, die ausstehenden Tarifverhandlungen ließen weitere relevante Erhöhungen erwarten. Auch diese Lohnkostensteigerungen würden unterschiedlich gehandhabt. Dazu komme, dass die Erstattungssätze der Pflegeversicherung nicht dynamisch seien, obwohl das Beitragsaufkommen absolut bei höherem Lohnvolumen steige.

Herr Paus führt zur Gewinnung von Nachwuchskräften aus, dass von den aktuell in der Pflege Beschäftigten maximal 40 Prozent den Beruf ihren Angehörigen weiterempfehlen würden. Die Ursache hierfür sei neben fehlenden Erfolgen und Bestätigung vor allem die Unzuverlässigkeit der Einsatzzeiten. In der ambulanten Pflege könne man - abgesehen von Leitungsstellen - nicht Vollzeit arbeiten. Die volle Arbeitszeit ließe sich nur bei ständigem sog. „geteilten Dienst“ erreichen.

Herr Paus sieht eine Lösung darin, dass für das Pflegesystem eine ähnliche Strukturreform in Angriff genommen werde, wie sie aktuell für die Krankenhäuser diskutiert werde, indem nicht mehr nur Verrichtungen vergütet würden, sondern auch Zeitkontingente. Außerdem sollten mehr Tätigkeiten auch durch Pflegehilfskräfte ausgeführt werden dürfen. Er prognostiziert, dass es die Pflege, wie sie heute sei, ohne strukturelle Änderungen in Zukunft nicht mehr geben werde.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Frau Weißenfeld, Herr Holler-Göller, Frau Beier, Herr Klein, Herr Kollmeier, Herr Gugat und Herr Sander. Ihre Beiträge gehen auf die unzureichenden Rahmenbedingungen sowie die Möglichkeiten kommunaler Lösungen ein.

Diese sieht Beigeordneter Herr Nürnberger u.a.

- im Austausch auf der strategischen Ebene,
- der Weiterentwicklung von Absprachen zwischen den Trägern,
- der geplanten Fachkräfteinitiative und
- der Unterstützung und Wertschätzung von Ehrenamtlichen und pflegenden Angehörigen.

Prof. Dr. Wingefeld weist auf die Notwendigkeit hin, den Vertragspartnern sowie den Entscheidungsträgern auf Bundes- und Landesebene konkret mitzuteilen, was die Praxis benötige. Dafür müssten auch auf kommunaler Ebene die Ziele und Voraussetzungen der eigenen Konzepte wie z.B. dem Bielefelder Modell stärker formuliert und kommuniziert werden.

Vorsitzender Herr Hood fasst zusammen, dass ein Thema auch für die Politik auf kommunaler Ebene die Weiterentwicklung der Landesrahmenverträge sei. Sie müssten so gestaltet werden, dass die Quartiersorientierung enthalten sei. Weiter sollten Politik und Verwaltung die Prozesse mit und zwischen den Trägern moderieren und gestalten. Der nächste Punkt sei der Pflegegipfel zusammen mit Landes- und Bundespolitik.

-.-.-

Zu Punkt 7.2

Bielefelder Modell - Notwendige Anpassungen zur Sicherstellung des Angebotes

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5282/2020-2025

Beigeordneter Herr Nürnberger weist darauf hin, dass die Informationsvorlage einen Zwischenbericht über die noch laufenden Gespräche mit den beiden am Bielefelder Modell beteiligten Trägern und der BGW darstelle. Bei den quartiersorientierten Versorgungsangeboten am Tage (vgl. Ziffer 2.1 der Vorlage) sei man einer Lösung näher als bei der Nachtversorgung und dem Angebot eines Mittagstisches (siehe unter 2.2). Die Vorlage zeige, dass die Stadt das Bielefelder Modell absichern und weiterentwickeln wolle, aber dafür ihren kommunalen Finanzierungsanteil über das bisherige Maß hinaus erhöhen müsse, weil die derzeitigen Finanzierungsstrukturen des Pflegesystems das nicht anders hergäben. Es bliebe keine Zeit, systemische Veränderungen des Systems der ambulanten Pflege abzuwarten. Um die in der Vorlage beschriebenen Maßnahmen umsetzen zu können, müsse konkret mit der BGW über die Auf-

teilung der Kosten gesprochen werden. Dieses Ergebnis sowie die weiteren Vorschläge für die Absicherung der Versorgung in der Nacht und des Mittagstisches sollten dem Sozial- und Gesundheitsausschuss in einer Beschlussvorlage im 1. Quartal 2023 vorgelegt werden.

Frau Weißenfeld vertritt den Wunsch, dass das bewährte Bielefelder Modell weiterbestehe. Sie fragt nach den Standorten dieses Angebotes und nach beteiligten Wohnungsbauunternehmen. Frau Krutwage antwortet, dass zurzeit nur die BGW am Bielefelder Modell beteiligt sei. Verhandlungen mit anderen gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen seien nicht zum Abschluss gekommen. Kriterium für die Teilnahme am Bielefelder Modell sei, inwieweit die dort beschriebenen Bausteine realisiert würden. Herr Paus ergänzt, das auch z.B. die GSWG und die Freie Scholle zusammen mit Trägern Angebote unabhängig vom Bielefelder Modell machten. Das Bielefelder Modell solle im Gespräch mit Bundespolitiker*innen als vorhandenes gutes und funktionierendes Konzept vorgestellt werden, das aus der Pflegeversicherung quartiersorientiert finanziert werden müsse.

Frau Krutwage kündigt für die nächste Beratung des Themas weitergehende Informationen nach Art eines Steckbriefes an:

- Wo befinden sich die Wohnanlagen?
- Um wie viele Wohnungen handelt es sich?
- Wer lebt dort?
- Was für Angebote gibt es?

Frau Beier bittet darum, in der nächsten Vorlage das Bielefelder Modell – insbesondere die Kriterien – grundlegender und umfassender darzustellen. Sie wünscht auch Informationen über vorhandene Selbstzahler-Modelle. Herr Holler-Göller hätte gern eine Darstellung der Pflegebedarfsgruppen der Bewohner*innen und einen Ausblick auf die Zukunft der Bewohner*innen mit steigender Pflegebedürftigkeit. Ihn interessiert ein Vergleich mit einer entsprechenden vollstationären Unterbringung, um den Vorrang der häuslichen Pflege nach § 3 SGB XI zu unterstreichen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 8

Informationen aus der Regionalplanungskonferenz am 30.11.2022

Herr Klein, Vorsitzender des Psychiatriebeirates, berichtet aus der Regionalplanungskonferenz 2022 (RPK). Sie betrachte neben den Eingliederungshilfen für Menschen mit psychischen Erkrankungen, Abhängigkeitserkrankungen und in besonderen sozialen Schwierigkeiten auch die entsprechenden Krankenkassenleistungen. Beide Bereiche hätten in Bielefeld ein Finanzvolumen von jeweils rd. 70 – 80 Mio. Euro, stellten also auch einen großen Wirtschaftszweig dar. Ca. ein Prozent der Bielefelder Bevölkerung werde durch ambulante oder stationäre Eingliederungshilfe für Menschen mit psychischen Erkrankungen, Abhängigkeitserkrankungen und in besonderen sozialen Schwierigkeiten versorgt.

Aufgabe des Psychiatriebeirates sei es, in der RPK zu beleuchten, ob die Finanzmittel richtig ankämen, wie sie sich entwickelten und welche Schwerpunkte sich bei diesen einzelfallbezogenen Leistungen bildeten.

Seit 2022 sei erstmals die Kinder- und Jugendpsychiatrie aus Bielefeld im Psychiatriebeirat vertreten. Sie sei daher ein Schwerpunktthema der RPK gewesen, ebenso wie die schlechte Beschäftigungssituation von psychisch erkrankten Menschen.

Vorsitzender Herr Hood regt an, den Sozial- und Gesundheitsausschuss künftig regelmäßig über die RPK zu informieren. Dem schließen sich Frau Beier und Frau Weißenfeld an.

Herr Klein antwortet auf die Nachfrage von Frau Welz zum Fachkräftemangel und auf die Frage von Frau Beier zur Versorgungslage bei der Psychotherapie. Eine Differenzierung der Berufsgruppen sei wichtig. Allgemein herrsche großer Ärztemangel, gerade Kinder- und Jugendpsychiater gebe es zu wenige. Er erwarte, dass die Ausbildung von Psychotherapeuten in Bielefeld künftig zunehme, aber hier sei die Anzahl der Sitze auf der Basis der Planzahlen aus dem Jahr 1999 durch die Krankenkassen gedeckelt. Der Bedarf sei deutlich höher. Im Pflegebereich und der Sozialarbeit werde es für Arbeitgeber immer schwieriger, Bewerber*innen zu finden.

Zu den Fragen von Frau Beier und Frau Weißenfeld hinsichtlich der Kinder- und Jugendpsychiatrie regt Herr Klein einen Bericht durch Prof. Dr. Siniatchkin an. Das Thema der Versorgung von Kindern und Jugendlichen soll laut Frau Weißenfeld im Jugendhilfeausschuss aufgegriffen werden.

Herr Klein erläutert, dass Plätze in der Eingliederungshilfe umgewidmet würden, so dass auf ihnen anstelle von Menschen mit geistiger Behinderung der Personen mit psychischen oder Abhängigkeitserkrankungen versorgt werden könnten.

Auf die Frage von Herrn Gugat weist Herr Klein darauf hin, dass es für die therapeutische Versorgung Wartelisten gebe. Dennoch halte er die Versorgung für gesichert, denn nach seinen Erfahrungen bekämen Patienten einen Therapieplatz, nur nicht eben sofort. Mehr Therapeut*innen seien wünschenswert, es gebe aber keine Untersuchungen darüber, wie schnell die Wartelisten abgearbeitet würden und wann der Bedarf gesättigt sei.

-.-.-

Zu Punkt 9

Weiterfinanzierung des Projektes „Spaziertreff - Komm, wir gehen spazieren“ (Beschluss des Seniorenrates vom 16.11.2022)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5149/2020-2025/1

Vorsitzender Herr Hood verweist auf den Antrag, den Tagesordnungspunkt heute in 1. Lesung zu behandeln.

Frau Weißenfeld bittet um Informationen, wie viele Menschen an den Veranstaltungen teilgenommen haben.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage in 1. Lesung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 10

Auswertung über die Pilotprojekte zur kostenlosen Zurverfügungstellung von Menstruationsprodukten
a.) auf öffentlichen Toilettenanlagen
b.) in öffentlichen sozialen Einrichtungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5246/2020-2025

Es gibt keine Rückfragen zur Vorlage. Frau Weißenfeld kündigt an, die Koalition werde darüber nachdenken, wie es nach dem Projekt weitergehen könne.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 11

Bericht Runder Tisch "Energiearmut"

Beigeordneter Herr Nürnberger informiert darüber, dass die mittlerweile versendeten Abschlagspläne der Stadtwerke schon Ende 2022 Thema des Runden Tisches gewesen seien, so dass die Beratungsinstitutionen vorbereitet gewesen seien. Im März bzw. April werde es erneut Abschlagspläne geben. Herr Paus ergänzt, dass die Träger im Rahmen einer Videokonferenz von den Stadtwerken Erläuterungen bekommen hätten und dabei auch darüber informiert worden seien, dass das Jobcenter und das Sozialamt die Abschlagsbeträge als Grundlage für die Leistungsgewährung anerkennen würden. Der Informationsfluss zu den Leistungsbezieher*innen sei daher gut gewesen.

-.-.-

Zu Punkt 12

Erster Erfahrungsbericht zur Wohngeldreform

Frau Krutwage berichtet, dass die bewilligten 15 zusätzlichen Stellen alle besetzt seien. Drei der neuen Kolleg*innen wären zum 02.01. zur Einarbeitung auf die unterschiedlichen Anlaufstellen (Rathaus, Heepen, Brackwede) verteilt worden. Am 01.02. begänne der größte Teil der neu Eingestellten, wenige kämen noch am 01.03. bzw. 01.04. Das Einarbeitungskonzept sehe eine eins zu eins-Betreuung jedes/r Neuen durch eine erfahrene Wohngeldsachbearbeitung vor. Dabei unterstützten auch zwei bereits im Ruhestand befindliche erfahrene Kolleg*innen.

Organisatorisch laufe es gut, es gebe nun einen Front- und einen Back-Office-Bereich. Es gebe viele online-Anträge: während im vergangenen Jahr insgesamt 900 online-Anträge eingegangen seien, seien es in den ersten sieben Werktagen bereits 280. Das Aufkommen an schriftlichen Anträgen sei in etwa genauso hoch.

Die Wohngeldstelle bemühe sich um eine schnelle Prüfung und Vorauszahlung, die dann ab dem 01.04. verrechnet werden solle. Die bisherige Bearbeitungszeit von sechs bis acht Wochen könne voraussichtlich nicht gehalten werden. Die Presse unterstütze weiterhin dabei, die Menschen zu informieren, dass es für sie möglicherweise erstmals bzw. ein höheres Wohngeld gebe.

-.-.-

Zu Punkt 13

Bericht Geflüchtete in Bielefeld

Beigeordneter Herr Nürnberger berichtet, die absolute Zahl der Menschen aus der Ukraine betrage aktuell 3.900 und bleibe stabil. Er informiert über seine Besuche bei den mit der Betreuung beauftragten Trägern, der Stiftung Solidarität und dem AWO Kreisverband in Heepen sowie dem SkF in Stieghorst. Es sei beeindruckend, was an Unterstützung erbracht würde und wie viele Kontakte im Stadtteil, im Quartier und zur Nachbarschaft geknüpft worden seien. Es gebe eine gute Kooperation mit der städtischen Sozialarbeit.

Diese Projekte seien bis Ende 2023 befristet. Da aber absehbar viele Menschen bleiben würden, sei eine Einschätzung zur Weiterführung der Quartiersarbeit vor der Sommerpause notwendig, auch um den Trägern die notwendige Planungssicherheit zu geben.

Beigeordneter Herr Nürnberger kündigt die Bürgerversammlung im Musikerviertel am 24. Januar an. Die Bezirksregierung Detmold errichte dort in rd. 36 Häusern eine Unterkunft für ca. 400 Personen. Die Gebäude würden gerade hergerichtet, es gebe einen beauftragten Betreiber, einen Sicherheitsdienst sowie eine enge Abstimmung mit den städtischen Ämtern hinsichtlich des Sicherheits- und des Verkehrskonzeptes. Die Bürgerversammlung werde professionell so moderiert, dass sich möglichst viele Menschen einbringen könnten.

Frau Weißenfeld informiert über ein anonymes Schreiben von Anwohnern aus dem Musikerviertel an Ratsmitglieder der Stadt Bielefeld. Wegen der fehlenden Absender könnten diese nicht reagieren. Außerdem zeige das Schreiben, dass die Meinung vorherrsche, die Kommune sei für alles

zuständig. Daher hoffe sie, dass die gemeinsame Veranstaltung mit der Bezirksregierung hierüber aufkläre.

-.-.-

Zu Punkt 14 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand**

Frau Krutwage teilt mit, dass sich die Beschlussvorlage zur Gesundheitsberichtserstattung in Bearbeitung befände.

-.-.-

Vorsitzender Herr Hood stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Joachim Hood (Vorsitzender)

Britta Zimmermann (Schriftführung)